
NIEDERSCHRIFT

Niederschrift Nr. 2
Jugendhilfeausschuss
am 04.03.2008
Freiherr-vom-Stein-Saal II/III

Beginn 16:00 Uhr

Stimmberechtigte Mitglieder

Kreistagsmitglieder

Ursula Erdelkamp
Ursula Lindstedt
Theodor Rieke
Manuela Veit
Claudia Gebhard
Martina Plath
Ursula Sopora
Barbara Streich
Ute Giedinghagen

sachkundige Bürger

Franz-Josef Chrosnik
Markus Deiters
Hans Höroldt
Livia Nickel
Roswitha Ritter
Rosemarie Böhme

Mitglieder ohne Stimmberechtigung

Jürgen-Peter Becker
Christel Hauske
Jörg Hüchtmann
Detlef Maidorn

Uwe Bergmeier
Suna Okumus-Panzer
Andreas Wette
Heiner Redeker
Edelgard Blümel

Friedrich-Wilhelm Rebbe

Von der Verwaltung:

Herr Hahn, Dez. IV
Herr Rebbe, L FB 51
Frau Nebling, FB 51
Frau Schmücker, PK
Herr Vertgewall, Schriftführer

Gäste- und Zuhörer/innen:

Herr Gabriel, Kreistagsabgeordneter
Herr Erdmann, Geschäftsführer der
SPD-Kreistagsfraktion (bis TOP 3)
Herr Naujoks, Geschäftsführer der
Kreistagsgruppe DIE LINKE.
Weitere Angehörige des FB 51
Herr Kusber, Sportjugend im Kreissportbund
Eine Vertreterin der lokalen Presse

Herr Rieke begrüßt die anwesenden Damen und Herren und eröffnet die Sitzung. Er stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Änderungen in der Tagesordnung ergeben sich nicht. Vor Eintritt in die Beratung wird die sachkundige Bürgerin, Frau Roswitha Ritter, als stellvertretendes stimmberechtigtes Mitglied des Jugendhilfeausschusses verpflichtet.

T a g e s o r d n u n g

Öffentlicher Teil

Punkt 1

045/08

Tätigkeitsbericht 2007 des Fachbereiches Familie und Jugend

Punkt 2

041-1/08

Umsetzung des Kinderbildungsgesetzes (KiBiz) zum 01.08.2008

Punkt 3

043/08

Satzung des Kreises Unna zur Erhebung von Elternbeiträgen für den Besuch von Tageseinrichtungen für Kinder sowie von Kostenbeiträgen zur Tagespflege;

Antrag der Gruppe DIE LINKE. vom 06.01.2008

Punkt 4

040/08

Haushalt des Kreises Unna für das Haushaltsjahr 2008

Budget 51 – Familie und Jugend

Punkt 5

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Nicht öffentlicher Teil

Punkt 6

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Öffentlicher Teil

Punkt 1

045/08

Tätigkeitsbericht 2007 des Fachbereiches Familie und Jugend

Erörterung

Herr Rebbe stellt den Tätigkeitsbericht 2007 des Fachbereiches Familie und Jugend kurz vor und weist diesbezüglich auf die ausführliche Anlage zur Sitzungsvorlage Nr. 045/08 hin.

Mit dem Bericht, so der Fachbereichsleiter, gebe es einerseits die Möglichkeit, den Jugendhilfeausschuss über die Aufgaben zu informieren und andererseits könne man den drei Kommunen Bönen, Fröndenberg und Holzwickede darlegen, wofür die finanziellen Mittel der differenzierten Kreisumlage verwendet würden.

Frau Erdelkamp teilt als Sprecherin der SPD-Fraktion mit, dass der Tätigkeitsbericht deutlich mache, wie viele Aufgaben tatsächlich im Fachbereich anfielen. Die Erstellung einer solchen Übersicht sei daher sehr sinnvoll.

Zunächst, so Frau Sopora, wolle sie sich im Namen der CDU-Fraktion für den umfangreichen und aufschlussreichen Bericht ebenso wie für die hervorragende Arbeit des Fachbereichs herzlich bedanken. Für ihre Fraktion stelle der Bericht ein Arbeitspapier dar, mit dem man sich im laufenden Jahr ausführlich befassen werde.

Auf Nachfrage von Frau Hauske teilt Herr Hahn mit, dass die Unterhaltsvorschussleistungen in 2007 tatsächlich gekürzt worden seien und weist hierzu auf bundesgesetzliche Regelungen hin.

Herr Rieke bedankt sich zum Abschluss des Tagesordnungspunktes noch einmal im Namen des Ausschusses bei der Verwaltung. Der Tätigkeitsbericht wird von den Mitgliedern zur Kenntnis genommen.

Punkt 2

041-1/08

Umsetzung des Kinderbildungsgesetzes (KiBiz) zum 01.08.2008

Erörterung:

Herr Rieke weist zu Beginn der Erörterung darauf hin, dass den Ausschussmitgliedern vor der heutigen Sitzung eine Ergänzungsvorlage als Tischvorlage zugegangen sei (Drucksache 041-1/08), die erste Angaben über die aktuellen Anmeldezahlen und damit verbundene Auswirkungen enthalte. Sein Vorschlag sei, inhaltlich über die Ursprungsvorlage (041/08) zu beraten und auch zu beschließen, verbunden mit der Ergänzung, die 47 weiteren U3-Betreuungsplätze aus dem Beschlussvorschlag der Tischvorlage mit in den zu fassenden Beschluss aufzunehmen. Nach der Beantwortung hierzu von Frau Streich und Frau Sopora gestellter Fragen durch Herrn Rebbe und Frau Nebling einigen sich die Ausschussmitglieder auf die von Herrn Rieke vorgeschlagene Vorgehensweise.

Herr Rebbe geht im Anschluss zunächst auf die ursprüngliche Sitzungsvorlage ein und weist auf die Schwierigkeiten hin, die mit der Umsetzung des Kinderbildungsgesetzes (KiBiz) verbunden seien. So habe man wichtige Informationen des Ministeriums nicht pünktlich und zudem in inhaltlich nicht ausreichender Form erhalten. Die Kontingente für die U3-Betreuung seien beispielsweise erst in der vergangenen Woche mitgeteilt worden. Der Gesamtprozess sei aufgrund fehlender Durchführungsbestimmungen lediglich anhand der vorliegenden Rahmenbedingungen zu gestalten gewesen. Unmittelbar nach der Verabschiedung des Gesetzes habe man sich im Dezember mit den Trägern der Einrichtungen zusammengesetzt und den weiteren Ablauf ausführlich besprochen. Zwischenzeitlich habe man die Betreuungszeiten ebenso wie die Gruppenformen ermittelt und der Bedarf der Einrichtungen liege nunmehr vor.

Er bitte um Einverständnis, so Herr Rebbe weiter, die in der Vorlage 041-1/08 aufgeführten Zahlen auch an das Landesjugendamt melden zu dürfen, damit die Einrichtungen die notwendigen Betreuungsverträge mit den Eltern abschließen könnten. Es sei anzumerken, dass das tatsächliche Anmeldeverhalten der Eltern – insbesondere bei den Gruppenformen II und III – teilweise sehr stark von den vorab vom Land prognostizierten Prozentwerten abgewichen habe. So seien mit den 35- und 45 Stundenkontingenten vermehrt die „teuersten“ Betreuungsangebote nachgefragt worden. In Relation zur Kostenentwicklung des Gesetzes über Tageseinrichtungen für Kinder (GTK) sei mit Einführung des KiBiz zum 01.08.2008 alleine in diesem Jahr von Mehrkosten in Höhe von etwa 539.000 € auszugehen.

Hinsichtlich der U3-Betreuungsplätze stelle sich die Situation derzeit so dar, dass das Land den vom Fachbereich im Dezember 2007 gemeldeten Bedarf von 115 Plätzen entsprochen habe. Da aber ein weiterer Betreuungsbedarf von 47 Plätzen für den so genannten „hereinwachsenden Jahrgang“ bestehe - also für Kinder, die im kommenden Kindergartenjahr 2008/09 (nach November) drei Jahre alt und damit einen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz erhalten würden - wolle man analog dazu einen zusätzlichen Bedarf an U3-Plätzen beim Land anmelden. Je nachdem, wie sich der Bedarf anderenorts darstelle, bestehe

dann eventuell die Möglichkeit weitere U3-Betreuungsplätze zu erhalten. Hierzu bleibe jedoch anzumerken, dass sich der Finanzbedarf dadurch noch weiter erhöhen würde.

Frau Erdelkamp nimmt im Anschluss Stellung für die SPD-Fraktion. Aus ihrer Sicht bestehe immer noch viel Diskussionsbedarf, insbesondere in Bezug auf die finanziellen Auswirkungen des Gesetzes. Schließlich seien es nicht unerhebliche Mehrkosten, die auf den Kreis und dadurch auch auf die Kommunen zukämen. Positiv stehe ihre Fraktion zum flächendeckenden Ausbau der U3-Betreuungsplätze. Die Arbeit des Fachbereichs wolle sie an dieser Stelle lobend hervorheben. Trotz der schwierigen Rahmenbedingungen habe man dem Ausschuss ein schlüssiges Konzept vorgelegt, weshalb man den eingeschlagenen Weg auch unterstützen und dem Beschlussvorschlag zustimmen werde.

Die bisherige Diskussion wird von Herrn Hahn kurz zusammengefasst. Nach seiner Auffassung seien die in der Vorlage genannten finanziellen Auswirkungen aufgrund noch bestehender Unklarheiten zu vage, um den tatsächlichen Bedarf korrekt darzustellen und somit Gegenstand des Beschlusses zu werden.

Herr Rieke weist darauf hin, dass der in der Ergänzungsvorlage genannte zusätzliche Finanzbedarf lediglich zur Diskussion und als Kenntnisnahme dienen und derzeit keine Haushaltsrelevanz erlangen könne, zumal es noch keinerlei Abstimmung mit den zum Jugendamtsbezirk gehörenden Kommunen gegeben habe.

Für die CDU-Fraktion merkt Frau Sopora an, dass sich doch die Frage stelle, warum man die Ergänzungsvorlage dann überhaupt eingebracht habe. Im Grunde genommen solle man nun einen Beschluss fassen, obgleich schon bekannt sei, dass die Zahlen aufgrund eines tatsächlich höheren Finanzbedarfs nicht korrekt seien.

Herr Hahn macht hierzu deutlich, dass man durch die Ergänzungsvorlage dem Informationswunsch der Politik nachgekommen sei. Die genannten Zahlen seien zum jetzigen Zeitpunkt möglicherweise ebenso wenig valide wie haushaltsrelevant, könnten es aber werden. Insofern sei es notwendig, und hier bitte er noch einmal um Verständnis, dass bereits im Vorfeld auf einen möglicherweise höheren Finanzbedarf hingewiesen werde.

Es sei aus ihrer Sicht skandalös, so Frau Streich für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, wie das Land mit den Jugendämtern umgehe. Wenn man bedenke, dass es noch keine Ausführungsbestimmungen aber ständig neue Informationen gebe, dann stelle sich für sie die Frage, was dieses Gesetz solle. Es sei im Endeffekt nicht nur eine Mehrbelastung der Verwaltung sondern auch jedes einzelnen Bürgers.

Es sei in keiner Weise Absicht der CDU-Fraktion gewesen, die Verwaltung zu kritisieren oder zu maßregeln, so noch einmal Frau Sopora. Man sei ja auch selber auf der Suche nach Lösungen. Dabei erkenne man es auch durchaus an, dass die Verwaltung bereits im Vorfeld auf die Finanzsituation aufmerksam gemacht habe.

Er selber habe auch Probleme mit dem KiBiz, so Herr Rieke abschließend, aber es sei nun einmal notwendig, dass das Gesetz in die Praxis umgesetzt werde.

Nach ausgiebiger Diskussion trifft der Jugendhilfeausschuss den nachstehenden

Beschluss

Der Jugendhilfeausschuss beschließt die Gruppenstrukturen und Betreuungszeiten in den Kindertageseinrichtungen in Bönen, Fröndenberg und Holzwickede zum 01.08.2008 und beauftragt den Landrat, die entsprechenden Betreuungskontingente zum Stichtag 15.03.2008 zu beantragen. Darüberhinaus sollen 47 weitere Plätze für die U3-Betreuung angemeldet werden. Gleichzeitig wird die Verwaltung beauftragt, mit den Trägern der Kindertageseinrichtungen über die künftige freiwillige Betriebskostenbezuschung zu verhandeln.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 3

043/08

Satzung des Kreises Unna zur Erhebung von Elternbeiträgen für den Besuch von Tageseinrichtungen für Kinder sowie von Kostenbeiträgen zur Tagespflege;

Antrag der Gruppe DIE LINKE. vom 06.01.2008

Erörterung

Der Kreistagsabgeordnete und Sprecher der Kreistagsgruppe DIE LINKE., Herr Udo Gabriel, stellt den vorliegenden Änderungsantrag zur Sitzungsvorlage Nr. 214/07 (Elternbeitragssatzung) ausführlich vor. Ziel sei es, die unteren Einkommensgruppen durch eine weitergehende Befreiung zu entlasten und die oberen Einkommensgruppen entsprechend höher zu belasten und die Situation damit für sozial schwächer gestellte Familien angenehmer zu gestalten.

Frau Erdelkamp erklärt, dass der Antrag innerhalb der SPD-Fraktion intensiv diskutiert worden sei und man diesen durchaus als verständlich und begrüßenswert ansehe. Aufgrund der sowieso mit der Umsetzung des KiBiz verbundenen finanziellen Unsicherheiten sei man momentan jedoch nicht bereit, eine erneute Umstellung mitzutragen. Gerne sei man jedoch bereit, das Anliegen im kommenden Jahr erneut aufzugreifen, zumal dann auch verlässliche Finanzzahlen vorliegen dürften. Insofern bitte die SPD-Fraktion um Verschiebung der Angelegenheit.

Nach Ansicht der CDU-Fraktion, so Frau Sopora, sei der Antrag einfach zu spät eingegangen, um rechtzeitig darauf eingehen zu können. Aufgrund des sehr engen Zeitrahmens habe direkt im Anschluss an die Kreistagsitzung und der damit verbundenen Zustimmung zur Erhebung der Elternbeiträge das Anmeldeverfahren begonnen. Seit dem 01.02.2008 seien zudem die ersten Betreuungsverträge mit den Eltern abgeschlossen worden. Dieses Verfahren könne nun auch nicht mehr geändert werden. Daher werde der Antrag zum jetzigen Zeitpunkt von der CDU-Fraktion abgelehnt.

Herr Gabriel merkt an, dass man bereits im vergangenen Jahr einen gleichlautenden Antrag gestellt habe und seinerzeit von den Fraktionen ähnlich argumentiert worden sei.

Auch die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setze sich für eine Verschiebung ein, da man den Eltern eine erneute Änderung jetzt nicht mehr zumuten könne. Bei einer erneuten Betrachtung zu einem späteren Zeitpunkt habe man auch konkrete Zahlen vorliegen, so Frau Streich.

Zum Abschluss merkt Herr Rieke an, dass es im Kreisgebiet eine sehr unterschiedliche Staffelung der Elternbeiträge gebe. Er hoffe, dass es irgendwann mal zu einer einheitlichen Regelung im gesamten Kreis Unna komme. Grundsätzlich wolle er jedoch dafür werben, Kindergärten ganz von der Beitragserhebung freizustellen und hierfür wünsche er sich die Unterstützung der politischen Vertreter.

Wenn sich die Diskussion hin zu einer Beitragsfreiheit insgesamt ergebe, so die Reaktion von Herrn Gabriel, dann stehe man diesem Vorhaben natürlich mehr als positiv gegenüber und stehe für eine Umsetzung gerne zur Verfügung.

Bildung könne den Kindern nur näher gebracht werden, wenn diese auch die Kitas besuchen. Insofern sei es aus ihrer Sicht, so Frau Streich, sinnvoll, wenn zumindest das letzte Kindergartenjahr beitragsfrei gestellt werde.

Der Vorschlag von Herrn Rieke, den Antrag der Kreistagsgruppe DIE LINKE. in die Haushaltsberatungen für 2009 mitzunehmen, findet sowohl die Zustimmung des Antragsstellers als auch der Ausschussmitglieder.

Punkt 4

040/08

Haushalt des Kreises Unna für das Haushaltsjahr 2008

Budget 51 – Familie und Jugend

Erörterung

Herr Hahn weist eingangs darauf hin, dass die Aufstellung des Haushaltes 2008 für das Budget 51- auch unter Berücksichtigung der Änderungsliste - kein einfaches Unterfangen gewesen sei. Obwohl es aufgrund der gesetzlich verpflichtenden Ausgaben schwierig sei, habe man dennoch versucht, die Haushaltssituationen der drei jugendamtszugehörigen Kommunen zu berücksichtigen. Es bestehe auch hinsichtlich des vorab diskutierten Kinderbildungsgesetzes (KiBiz) eine große Abhängigkeit vom Land und im weitesten Sinne auch vom Bund.

Anhand eines Folienvortrages (im Vorfeld des Tagesordnungspunktes an die Ausschussmitglieder verteilt und dieser Niederschrift als **Anlage 1** beigelegt) erläutert Herr Hahn den Haushaltsentwurf und geht dabei ausführlich auf die wesentlichen Aspekte ein. Über die Veränderungsliste habe man einige Unklarheiten ausräumen und die entsprechenden Ansätze anpassen können.

Für das Elternbegleitbuch sei zunächst ein Betrag von 15.000 € eingestellt worden. Hierfür habe man

zunächst nur die Sachkosten berücksichtigt. Die erforderlichen Personalkosten, die bei einer Umsetzung im vollen Umfang anfielen, seien bislang noch nicht eingeplant worden, da diese noch nicht abzuschätzen seien. Derzeit befinde man sich in Gesprächen mit der ARGE Kreis Unna, um von dort evtl. Personalvorschläge zu erhalten. Sein Vorschlag sei und dieses wolle er auch so zu Protokoll geben, so Herr Hahn, dass man die Einführung des Elternbegleitbuches zunächst mit einer befristeten Personaleinstellung angehen sollte. Seine Vorstellungen gingen in Richtung einer vollzeitverrechneten Stelle oder zweier halber Stellen. So hätte man im Laufe des Jahres die Möglichkeit zu sehen, inwieweit man mit der Personenauswahl zufrieden sei und zudem könne man den Personalansatz dann in den Stellenplanberatungen für 2009 diskutieren.

Herr Hahn weist bei der Vorstellung der Folie 16 kurz darauf hin, dass die ADU seit 2007 dem Fachbereich Gesundheit und Verbraucherschutz zugeordnet worden sei. Auf Hinweis von Herrn Maidorn erklärt der Dezernent, dass es bei den Zuschüssen für die Kinder und Jugendholung vermutlich zu einem Übertragungsfehler gekommen und wie in 2007 von einem Betrag in Höhe von 30.000 € auszugehen sei.

Der Fachbereichsleiter für den Fachbereich Familie und Jugend, Herr Rebbe, geht anschließend im Rückblick kurz auf das Jahr 2007 ein und weist zudem auf die Schwerpunkte und Ziele für 2008 hin.

Für die SPD-Fraktion äußert sich Frau Erdelkamp zum Haushaltsentwurf. Ihre Fraktion sehe es als bedauerlich an, dass „Kinderfreundlichkeit“ auf Landesebene offenbar nur ein Wort und leider nicht mehr sei. Gerade in Zeiten, in denen die Anforderungen immer weiter steigen würden, habe man sich vor Ort mehr Unterstützung erhofft. Die Kommunen stelle man jedoch vor enorme finanzielle Belastungen. Stolz könne man dagegen auf die Einführung des Elternbegleitbuches sei. Sie hoffe, dass recht bald der Projektstart erfolgen könne. Der Vorschlag der Verwaltung bezüglich der personellen Ausstattung finde die Unterstützung der Fraktion. Insgesamt sehe man den Fachbereich als gut aufgestellt und man hoffe, auch weiterhin gut zusammen zu arbeiten.

Wer sich mit dem Haushalt 2008 ausführlich befasst habe, so Frau Sopora für die CDU-Fraktion, der habe festgestellt, dass aufgrund der Haushaltssituation Wünsche kaum erfüllbar seien. Es sei erfreulich, dass die gute Jugendarbeit der Verbände und freien Träger auch weiterhin Unterstützung im Haushalt finde. Sehr positiv stehe man auch dazu, dass die Kinderschutzarbeit nun auf eine finanziell sichere Basis gestellt worden sei. Das Elternbegleitbuch sehe man als sehr gute Möglichkeit der Begleitung junger Familien an. Allerdings werde man sich zum jetzigen Zeitpunkt nicht zur Personalausstattung äußern, da dieser Punkt zunächst in der Gesamtfraktion besprochen werden solle. Es sei daher im Interesse der CDU, wenn die Verwaltung für die kommende Ausschusssitzung konkrete Vorschläge hierzu unterbreite. Hinsichtlich der Umsetzung des KiBiz sehe man durchaus eine bessere Chance der zeitigen Förderung von Kindern ebenso wie die Chance für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Es sei ihr Wunsch, so Frau Sopora weiter, dass am Ende des Kindergartenjahres alle Beteiligten zufrieden seien und dann alle bisherigen Bedenken ausgeräumt seien. Für das kommende Jahr erwarte man für die Haushaltsberatungen eine Spitzabrechnung, da diese wesentlich transparenter für notwendige Diskussionen sei als die bislang immer vorgelegten Planzahlen. Die Ansätze nehme man im Hinblick auf die Verabschiedung des Gesamthaushaltes zunächst zur Kenntnis.

Bei der Einführung des Elternbegleitbuches und auch der Umsetzung des Frühwarnsystems sei es aus ihrer Sicht, so Frau Blümel, dringend erforderlich, hiermit erfahrenes Fachpersonal zu befassen.

Frau Streich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, teilt mit, dass es ihrer Fraktion wichtig sei, sich hinsichtlich der Umsetzung des Elternbegleitbuches nicht unter Druck zu setzen. So könne man sich z. B. auch im Vorfeld andere Modelle anschauen, um das Gesamtprojekt anhand der gewonnenen Erkenntnisse auf vernünftige Beine zu stellen. Die Haushaltsansätze nehme sie ebenfalls zunächst nur zur Kenntnis.

Die Fragen aus den Reihen des Ausschusses werden im Anschluss von Herrn Hahn beantwortet.

Der Jugendhilfeausschuss trifft nach Abschluss der Diskussion nachstehenden

Beschluss

Dem Entwurf der Verwaltung für den Haushalt 2008 des Kreises Unna „Budget 51 – Familie und Jugend“ wird mit den in der Anlage 1 beigefügten Änderungen zugestimmt.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt (bei 5 Enthaltungen der CDU-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Punkt 5

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

1. Nächste Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Herr Hahn teilt mit, dass die nächste Sitzung des Jugendhilfeausschusses vorverlegt werden müsse, da bis zum 01.06.2008 die neuen Familienzentren zu benennen seien. Daher sei beabsichtigt, die nächste Sitzung am **28.05.2008** (voraussichtlich **um 15.00 Uhr**) durchzuführen.

2. Wartezeiten im Bereich des Jugendamts

Anfrage von Frau Giedinghagen

Die Anfrage von Frau Giedinghagen, ob es auch im Bereich des hiesigen Jugendamtes in Hilfesituationen zu Wartezeiten kommen könne, beantwortet Herr Hahn mit einem deutlichen „Nein“. Natürlich seien im Bedarfsfall Gewichtungen vorzunehmen. Wenn jedoch dringend Hilfe benötigt werde, dann trage man im Fachbereich auch Sorge dafür, dass man sich der Angelegenheit umgehend annehme. Auch an Wochenenden und Feiertagen sei die Erreichbarkeit gegeben. Frau Blümel merkt an, dass es sicherlich sinnvoll sei, über eine dauerhafte Rufbereitschaft nachzudenken.

3. Inanspruchnahme von Stundenkontingenten in Kindertageseinrichtungen

Anfrage von Frau Streich

Frau Streich teilt mit, dass ihr zugetragen worden sei, dass eine Mutter in einer Einrichtung dazu gedrängt worden sei, das 45-Stundenkontingent in Anspruch zu nehmen. Herr Hahn sagt zu, sich dieser Sache anzunehmen.

Weitere Mitteilungen der Verwaltung oder Anfragen im öffentlichen Teil ergeben sich nicht.

Nicht öffentlicher Teil

Punkt 6

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Ende der Sitzung: 17.55 Uhr

Anlage

1. Folien zum Vortrag über den Haushaltsentwurf des Budgets 51 – Familie und Jugend

Rieke

Vorsitzender

Vertgewall

Schriftführer